

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

20.05.2022

Inhalt

EWN

- 1 | **Wind-Branche appelliert an Habeck**
Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 20.05.2022 3
- 2 | **BGZ stellt Forschungsprogramm zu verlängerter Zwischenlagerung vor**
Münsterland Zeitung, 17.05.2022 4

Wind-Branche appelliert an Habeck

Rostock. Die Offshore-Windenergiebranche und die maritime Wirtschaft verlangen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) staatliche Hilfe für eine möglichst große heimische Fertigung der Windkraftanlagen. Es sei für die Akzeptanz der Energiewende auf See „nicht mehr vermittelbar, wenn riesige Komponenten für Windpark-Projekte überwiegend im Ausland gebaut werden und weite Transportwege hinter sich bringen, bevor sie in Nord- oder Ostsee installiert werden“, heißt es in einem von fünf Verbänden verfassten Brief an den Minister.

Um das zu verhindern, schlagen sie vor, die Ausschreibung von Windparks auf See an entsprechende „qualitative Kriterien“ zu knüpfen. Diese böten dann auch Anreize, Transportwege für Komponenten kurz und damit klimafreundlich zu halten“, heißt es in

dem Schreiben. Zudem solle im Ausschreibungsverfahren sichergestellt werden, dass während der Errichtung und bei Betrieb, Service, Nachrüstung und Rückbau nur qualifizierte Beschäftigte eingesetzt werden. „Auch dies stärkt die gesellschaftliche Akzeptanz“, so die Branchenvertreter.

In dem Brief an Wirtschaftsminister Habeck ist auch davon die Rede, dass die Werft- und Hafenstandorte als „entscheidende Drehscheibe für Nachhaltigkeit im Offshore Wind-Ausbau“ ertüchtigt werden müssten. „Beispielsweise sind die Werftenstandorte in Mecklenburg-Vorpommern für die Erreichung der Ausbauziele, verbunden mit einem vorgezogenen Kohleausstieg, systemrelevant“, schreiben die Verbände an Habeck. „Sie dürfen nicht zerschlagen werden und müssen als Systemwerft erhalten werden.“

📰 Münsterland Zeitung | 17.05.2022 | S. 1

📄 Auflage: 18.179 | Reichweite: 40.135

👤 Carina Strauss

BGZ stellt Forschungsprogramm zu verlängerter Zwischenlagerung vor

Am Montag stellte die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung ein Forschungsprogramm zu einer verlängerten Zwischenlagerung vor. Denn die Genehmigung für Ahaus läuft 2036 aus.

Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle wie das in Ahaus sollen keine Dauerlösung darstellen. Deswegen ist die Genehmigung dafür auf 40 Jahre befristet. Diese 40 Jahre sind in Ahaus im Jahr 2036 erreicht. Doch bis dahin wird es noch kein betriebsbereites Endlager in Deutschland geben, wohin der Atommüll ausgelagert werden kann. Mit einem solchen Endlager wird frühestens für 2050 gerechnet.

Was muss also getan werden, um die Zwischenlagerung auch über 2036 hinaus sicher zu gestalten? Um diese Frage ging es am Montag im Ratssaal. Die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung stellte den anwesenden Ratsmitgliedern sowie einigen interessierten Bürgern ihr Forschungsprogramm für eine verlängerte Zwischenlagerung vor.

BGZ setzt auf „bewährtes Konzept“

Das Forschungsprogramm soll die Grundlage dafür bilden, die Sicherheit der Zwischenlagerung auch über den bisher genehmigten Zeitraum hinaus zu gewährleisten. Dabei setzt die BGZ auf das „bewährte Konzept“ der trockenen Zwischenlagerung, wie es David Knollmann, Referent für Standortkommunikation, nannte. Die Brennelemente werden dabei in doppelt abgesicherten Behältern aufbewahrt, so wie es in Ahaus der Fall ist.

Derweil lagern in Ahaus rein zahlenmäßig die meisten Castoren, wie Knollmann auf Nachfrage von Bürgermeisterin Karola Voß bestätigte. Das bedeute aber nicht, dass hier auch die meiste Radioaktivität eingelagert ist. Das sei an anderen Standorten mehr.

Bis 2050 kommt weiterer Atommüll hinzu

Bislang sind 25 Prozent der Lagerfläche im Zwischenlager Ahaus belegt. Doch es soll noch weiterer Atommüll hinzukommen. Dazu zählen Brennelemente aus den Forschungsreaktoren in Garching (München 2),

Berlin und Mainz sowie 30 leere, von innen kontaminierte Behälter aus der französischen Wiederaufbereitung. Außerdem gilt Ahaus als eine Option für die Aufbewahrung von Brennelementkugeln aus dem AVR Versuchsreaktor Jülich, hier sei aber noch nichts entschieden, so Knollmann.

Warum leere, kontaminierte Behälter eingelagert werden müssten, wollte Hermann Josef Haveloh (WGW) wissen. Seine Befürchtung: „Sind die defekt?“ Es handle sich hierbei um reine Transportbehälter, erklärte Michael Hoffmann, Bereichsleiter Betrieb bei der BGZ. Diese sollen dekontaminiert und dann eingeschmolzen werden. „Natürlich nicht hier vor Ort.“

Schutzziele müssen weiter eingehalten werden

Derweil läuft die erste Genehmigung für Castoren in Ahaus bereits im Jahr 2032 aus. „Wir nehmen das Thema verlängerte Zwischenlagerung sehr ernst. Wir wollen die Vorarbeiten sauber machen“, erklärte Jörn Becker, Abteilungsleiter für zentrale Fachfragen. Man habe das Forschungsprogramm ins Leben gerufen, um Erkenntnisse zu produzieren, die dabei helfen, bei den anstehenden Genehmigungsverfahren nachzuweisen, dass die Schutzziele eingehalten werden.

Für die Einhaltung der Schutzziele ist vor allem der Behälter verantwortlich. Er sorgt dafür, dass keine nukleare Kettenreaktion entsteht, die Strahlung abschirmt und die Wärme abgeführt wird. Und so untersucht man bei der BGZ unter anderem, wie sich die Metaldichtungen über längere Zeit verhalten, dasselbe gilt aber auch für das Verhalten der Brennstäbe.

Ratsmitglieder zeigten sich skeptisch

Immer wieder wurde während der Veranstaltung deutlich, dass die Ratsmitglieder der Forschung skeptisch gegenüberstanden. „Sie forschen sehr zielorientiert. Sie gehen davon aus, dass sie diese Vorstellungen,

die sie heute haben, auch belegen können. Und sie planen gar nicht ein, dass sie in ihrer Forschung den Punkt erreichen könnten, wo sie sagen ‚Das klappt nicht‘. Gibt es also keinen Plan B?“, war zum Beispiel der Einwand von Klaus Lambers (SPD).

Jörn Becker entgegnete: „Wir forschen, um die Nachweise erbringen zu können. Wir haben Inspektions- und Wartungsmöglichkeiten und Reparaturkonzepte für den Fall, dass diese Forschung irgendwo nachher nicht zielführend wird.“ Alle Behälterkomponenten seien aber grundsätzlich für den Langzeiteinsatz geeignet. „Derzeit sehen wir keine Mechanismen in der Forschung, die uns sagen würden, das geht so nicht“, ergänzte Michael Hoffmann. Man sei allerdings offen für alle Ergebnisse und stehe im Austausch mit der Öffentlichkeit und der Wissenschaft.

Zwischenlager wirklich in 2050 geräumt?

Eine weitere Frage war, wie realistisch es überhaupt sei, dass das Zwischenlager in Ahaus 2050 oder zumindest in diesem Zeitraum geräumt werden könnte. „Das ist ein ehrgeiziges Vorhaben“, sagte Michael Hoffmann offen. „In dem Endlagersuchverfahren muss richtig Druck drin bleiben, weil es eben darum geht, die Zwischenlagerung in den Standorten nicht bis in Zeiten auszudehnen, die für alle unerfreulich sind.“

Auch der Ukraine-Krieg wurde zum Thema. Es sei doch nicht ausgeschlossen, dass der Krieg auf Deutschland „überschwappt“, zeigte sich Ludwig Niestegge (UWG) besorgt. Was würde dann aus den Zwischenlagern? „Wir als Betreiber sind verpflichtet, die Sicherung in Friedenszeiten gegen kriminelle Handlungen und terroristische Angriffe zu einem gewissen Grad abzudecken“, sagte David Knollmann.

Aber hier komme bereits der Staat ins Spiel, mit einem integrierten Sicherungskonzept, bei dem die Maßnahmen der Betreiber und die des Staates ineinandergreifen. „In einem Kriegsfall reichen unsere Sicherungsmaßnahmen nicht mehr aus.“ Dann bekämen staatliche Maßnahmen eine größere Bedeutung. Eine Debatte um mögliche Sicherungsmaßnahmen laufe jetzt, so Knollmann.

Auf den Punkt brachte es am Ende wohl Jörg Blisniewski (CDU): „Was für mich heute als Fazit rauskommt bei dieser Veranstaltung: Ich habe einen ungeheuren Respekt bekommen vor den Unsicherheiten von Bürgern und Institutionen, die die Sache kritisch betrachten. Sie müssen ja teilweise noch Grundlagenforschung betreiben.“ Er verglich es mit einem Auto, das man viele Jahre entwickelt hat – und zum Schluss erst forscht man dann an den Bremsen, um das Fahrzeug wieder zum Stehen zu bringen.